

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60, monatlich 55 Pfg., Postzeitungsliste Nr. 4093 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verlamplungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 167.

Mittwoch, den 21. Juli 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Vom Bäckerkriege.

Die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Preußen bringen aus 15 Bezirken Mittheilungen über die Wirkung, welche die Bäckereiverordnung des Bundesraths ausgeübt hat. Am 1. Juli 1896 war sie in Kraft getreten, bis zum letzten Augenblick hatten die Bäckermeister protestirt und petitionirt, um dies zu verhindern, und die Kanfer, Arm in Arm mit Eugen Richter, hatten Verwahrung eingelegt gegen diesen Eingriff in das angestammte Ausbeutungsrecht der Meisterschaft gegen ihre Gehilfen. Letztere hatten — und mit vollem Recht — mehr Schutz erwartet; der zwölfstündige Maximal-Arbeitstag ist ja eigentlich auch ein Hohn auf wirklichen Arbeiterschutz! Aber sie gaben sich vorläufig zufrieden und erkannten den Fortschritt an, der durch die Bundesrathsverordnung angebahnt wurde. Die Meister aber wurden zu Rebellen. Hatte ihnen die Junker- und Antisemitenpresse doch nun monatelang Tag für Tag klar gemacht, daß sie nach Einführung dieser Verordnung so elend zu Grunde gehen müßten wie der gräßlichste Agrarier; Herbert Bismarck hielt ihnen im Reichstage schon die Zeichenrede, er mußte ja um so lauter die armen Meister beklagen, da ja sein Vater einst erklärt hatte, den Bäckern gehe es glänzend; man brauche sie nur auf den Kopf zu stellen, so fielen ihnen die Thalerstücke aus den Taschen. Natürlich waren jetzt die „anderen“ Minister an allem schuld — der Kleber und der Staatsanwalt und ihre Helfershelfer — und: Klaus da, raus aus dem Haus! erscholl es auf allen Verbandstagen der Bäckermeister — zur innigen Freude der Junker, denen ja nur am Sturz der Minister, weniger an dem der Verordnung lag.

Nun ist ein Jahr verstrichen und noch ist sie in Kraft, wenigstens steht sie noch auf dem Papier als rechtsgültig! Wie es in Wirklichkeit aussieht, des rühmten sich ja die Meister auf ihren Verbandstagen mit lautem Munde: sie pfeifen auf das Gesetz. Trotzdem sie also notorisch die Einschränkungen, welche die Verordnung gegen die Ausbeutungsfreiheit bringt, nur zum kleinsten Theil beachten, erheben sie noch wie vor überall das lauteste Jammergeschrei, daß „die Folgen des Maximalarbeitstages“, wie die Berliner Bäcker-Innung jüngst wieder erklärte, „sowohl in moralischer wie geschäftlicher Beziehung überaus schwere und nachtheilige sind, so daß die baldige gänzliche Aufhebung oder wenigstens doch bedeutende Milderung der Bundesrathsverordnung vom ganzen selbstständigen Bäckerstande mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln angestrebt werden muß, soll nicht das Bäckergewerbe im Groß- oder Fabrikbetriebe aufgehen.“

Das ist die alte Leier, die seit jetzt 1 1/2 Jahren ertönt, und sie wäre keiner weiteren Beachtung werth, wenn nicht ein neuer Jammer zum alten noch hinzukäme: Die Berichte der Gewerbeberäthe strafen die Behauptungen der Meister Lügen. Und um diese unangenehme Thatsache zu bewähren, erklärt die Berliner Bäcker-Innung ganz dreist, daß Lüge und Trug bei den Meistern gang und gäbe sei, daß nur verlorbene Gehilfen in Arbeit bleiben und dieses unehrliche Gebahren den Meistern auch nicht verdacht werden dürfe. In der Rundgebung der Berliner Bäcker-Innung heißt es da:

Die Berichte der Gewerbeberäthe sind deshalb ohne Werth, weil die revidirenden Beamten fast nur auf das angewiesen sind, was die zu Revidirenden auszusagen. Kann man es dem Meister verdenken, wenn er so aussagt, daß er der Anklagebant und Bestrafung entgeht, und wenn Gehilfen und Lehrlinge, die in gutem Arbeitsverhältnis stehen, ihren Meister vor schimpflicher Bestrafung schützen und durch unrichtige Aussagen sich die gute Arbeits- oder Lehrstelle erhalten? Schlimm genug, wenn der Meister von dem guten oder bösen Willen fanatischer Sozialdemokraten oder gefährlicher Subjekte abhängig ist. Darum betrachte man die Wirkung der Verordnung wie sie ist, und nicht wie man sie wünscht.“

Eine solch schamlose Verdrehung von Recht und Unrecht ist wirklich geradezu unerhörlich! Also: Die Berichte der Beamten sind werthlos, weil die Meister offensichtlich die Unwahrheit sagen und die Gehilfen und Lehrlinge sich die gute Arbeitsstelle nur erhalten, wenn sie mitlügen; wer die Wahrheit sagt, fliegt hinaus!

Allerdings — das sind sehr bedenkliche moralische Folgen, aber für dieselben ist der Maximalarbeitsstag

genau so verantwortlich wie das Strafgesetzbuch für die Diebstähle; wäre das Stehlen nicht verboten, dann gäbe es freilich keine Diebe! So aber giebt es Bäckermeister in nicht geringer Zahl, die dem Gesellen erst die gesetzlich zustehende Arbeitsruhe stehlen, dann den revidirenden Beamten belügen und betrügen und außerdem noch ihre Gehilfen zum Belügen und Betrügen der Beamten veranlassen.

Und von diesem Lüge und Trug melden auch fast alle Beamten, die überhaupt sich um die Bäckereiverordnung gekümmert haben. Nur 15 thaten es, 12 Bezirke schwiegen. Auch in den 15 sehen die Beamten nicht alles, was sie hätten sehen können, denn auch sie sind nicht frei von den Voraussetzungen ihrer sozialen Stellung. Wie diese politisch-soziale Voreingenommenheit auf die Berichte von Einfluß ist — um sicherlich nicht nur auf diesem Theil der Berichte, der sich mit den Bäckereien befaßt, sondern auf alle Theile —, das bedarf der Gewerbeberäthe Trilling in Danzig in ehrlicher Weise auf. Klagen kamen dort nämlich nur aus zwei Bezirken, wo „die Arbeit mit den bisherigen Kräften angeblich nicht mehr bewältigt werden konnte, so daß in dem einen etwa vierzig Gehilfen hätten mehr eingestellt werden müssen.“ Der Gewerbeberäthe revidirt nochmals und siehe da: nicht 40 Gehilfen in einem Betriebe, sondern 10 in neuem und im zweiten Bezirk 1 Geselle in allen Betrieben waren neu hinzugekommen.

Und wie erklärt der Gewerbeberäthe diese unrichtigen Angaben? Er schreibt:

„Diese Richterstattung ist einestheils darauf zurückzuführen, daß den Beamten unrichtige Angaben gemacht worden sind; sie erklärt sich aber hauptsächlich dadurch, daß sich bei diesen selber durch die Art und Weise, wie die Angelegenheit in der Öffentlichkeit behandelt worden ist, die Meinung festgesetzt hat, es handle sich hier um eine ungerechte, aufreizend wirkende Verordnung, deren Beseitigung sicher sei, wobei aber Jeder an seinem Theile mitwirken müsse.“

Und um an ihrem Theil mitzuwirken, setzen die Beamten, die den Arbeiterschutz überwachen sollen, äußerst mangelhafte Berichte in die Welt! Lüge und Trug der Bäckermeister und der von diesen „moralisch“ dazu gezwungenen Gehilfen melden, wie gesagt, recht viele Berichte. Sie sind ein lehrreicher Sittenspiegel.

Da heißt es aus Ostpreußen: „Die Kontrolle ist für die Beamten schwierig, weil nicht selten Meister und Gehilfen, vielleicht nach stillschweigendem Uebereinkommen, einer genaueren Nachforschung nach ihren Arbeits-Umständen aus dem Wege gehen.“

Im Berliner Bericht heißt es: „Die Gehilfen scheuen sich, so lange sie eine erträgliche Arbeitsstelle haben, die Wahrheit zu sagen, wenn sie den Meister belasten würde. Jedenfalls mögen sie bei einem eingeleiteten Strafverfahren nicht als Zeugen vor Gericht auftreten, weil eine dem Arbeitgeber ungünstige Aussage wohl in den meisten Fällen die Entlassung zur Folge haben würde.“

Der Gewerbe-Inspektor in Dppeln stellt fest, daß in seinem Bezirke die Arbeitszeit nicht so eingehalten wird, wie die Verordnung es vorschreibt. Die Polizei von Dppeln sieht das aber nicht, denn von Bestrafung wird nichts gemeldet.

„Die Vorschriften sind noch nicht streng durchgeführt,“ erklärt der Magdeburger Beamte, weil zum Theil die Meinung besteht, daß eine Aufhebung derselben nicht ausgeschlossen sei.“

Stimmt! Steht nicht, so braucht ihr nicht die Anzeige zu fürchten!

Der Arbeiterschutz durch die Bäckereiverordnung steht meist nur auf dem Papier; wenn die Meister öffentlich über die „Bedrückung“ wehklagen, so geschieht dies nur, um glauben zu machen, es geschehe ihnen etwas. Im Innern lachen sie über den lustigen Krieg, den die Polizei gegen sie führt; sie ist ihnen nicht gefährlich, sie schießt blind.

Aber gezetert wird, als ob die Welt unterginge! Dabei ist es überall so wie der Beamte aus Uelzen be-

richtet: „Die Meister tragen den geänderten Verhältnissen nicht genügende Rechnung und kümmern sich zu wenig um ihre Arbeiter.“

Noch schmerzlicher für die Feder ist die Bemerkung des Gewerbeberäthe von Koblenz: „Von der nach der Tagespresse vorhandenen liegenden Mißstimmung gegen die Bundesraths-Bekanntmachung ist hier wenig zu merken.“

Und in Trier stößt die Verordnung nur dort auf Schwierigkeiten, wo frechste Lehrlingsausbeutung besteht: „nur bei solchen Betrieben, in denen Lehrlinge im ersten oder zweiten Lehrjahr ausschließlich oder in erheblichem Umfange verwendet werden.“

Auch im Stöliner Bezirk werden die Arbeiter im Interesse der Meister zur Lüge gebracht und sagen stets es sei alles in Ordnung“. Schon aus diesem Grunde kann die von den Meistern gewünschte Normalarbeitswoche nicht eingeführt werden. Deren Einführung wäre gleichbedeutend mit dem Aufgeben der Verordnung“, sagt der Beamte für Münster, „da die genaue Kontrolle der wöchentlichen Arbeitszeit schlechterdings nicht ausführbar ist.“

Gerade das ist es freilich, was die Meister wollen; die „gehässigen Subjekte“, welche den Beamten die Wahrheit sagen, werden entlassen und vielleicht noch durch schwarze Listen in ganz Deutschland arbeitslos gemacht.

Sehr zutreffend erklärt der Beamte für Arnberg gegenüber diesen Klagen der Bäckermeister über „die lästige Kontrolle durch die eigenen Gehilfen, daß sie dieselbe mit jedem Fabrikbesitzer theilen. Die Autorität bei den eigenen Gehilfen wird nichts einbüßen, sobald den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geschieht.“

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Hübisches Scharfmacherstückchen. Zu der Rede des Professors Reinhold bemerken die Bismarckischen Hamburger Nachrichten sehr verspätet also wohl erst, nachdem sie Instruktion aus Friedrichsruh erhalten:

Wir haben die Rede gelesen und begreifen nicht, wie man ihr irgend eine andere Bedeutung beilegen kann als die eines neuen Beweises für die Unfähigkeit eines Theiles der deutschen Professoren, auch nur entfernt zu verstehen, um was es sich in Wirklichkeit bei der sozialen Bewegung unserer Tage handelt. Wir verzichten darauf, die Auslassungen des Herrn Reinhold, die jeder Kenntniß der realen Zustände entbehren, zur Kognition unserer Leser zu bringen und beschränken uns darauf, unserer Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, wie ein Mann, der die Sozialdemokratie als „eine der harmlosesten Erscheinungen der Gegenwart“ betrachtet, überhaupt eine Professur an der Berliner Universität hat erlangen können. Wenn der Herr seines Lehramtes im Sinne seiner jetzigen Rede waltet, dürfte sein Einfluß auf die studierende Jugend Früchte tragen, mit denen die Sozialdemokratie mehr als die staatsbehaltenden Elemente zufrieden sein können. Ein solcher deutscher Professor wird es niemals verstehen, daß die soziale Frage nichts anderes ist als eine Macht- und Kriegsfrage, als ein Kampf um den Besitz des Schlüssels zum Geldschrank, und daß sie demnach nicht von akademischen Doktrinären gelöst werden kann. Wenn Herr Reinhold es „als wesentlichen Theil seines künftigen Lehrberufs betrachtet, der völlig thörichte Furcht vor dem Sozialismus entgegenzuwirken“, und wenn er in dem Streite um das Eingreifen des Staates in die sozialen Verhältnisse mehr für die Beschränkung als für die Erweiterung dieses Eingreifens ist, so erwarten wir vom preussischen Kultusministerium, daß es ein wachsameres Auge auf die Lehrtätigkeit dieses Herrn hat.

Blühenden Ansin leisten sich die „Hamb. Nachr.“ in ihrem Haß gegen die Gegner der Flottenpläne, indem sie schreiben: „Bei dem Widerstande, den ein Theil der deutschen Nation dem Flottenbau leider entgegensetzt, hat England die Hände im Spiel, wobei ihm die Anglomanie des doktrinären „Freisinn“ hauptsächlich sowie die Entartung des deutschen Parteigetriebes zu

Hilfe kommt, nicht zu vergessen, daß die englische Politik wie ehedem die venetianische vielfach verschlungene Wege geht und tausend Kanäle ihrem Golde zu öffnen weiß." Da haben wir dieselben Verächtlichkeiten in neuer Auflage, welche beim Hamburger Hafenarbeiter-Streik ausgereut worden. Das Vertrauen der Flottenschwärmer in ihre Fähigkeit, das Publikum für ihre Pläne zu überzeugen, muß überaus gering sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen.

Der Hund der Landwirtschaft macht aus seinem Herzen keine Würdegrube. Er hat an den Reichskanzler und die Minister eine Eingabe gerichtet, in der er nicht mehr und nicht weniger verlangt, als ein sofortiges Einfuhrverbot gegen ausländisches Brodgetreide, zunächst auf die Dauer von 6 Monaten; doch soll das Verbot außer Wirkung treten, sobald der Preis für inländisches Getreide eine zu bestimmende „mäßige“ Höhe erreicht. Daß das ganze Simmen und Trachten der Agrarier darauf hinausgeht, den Konsumenten das tägliche Brod zu verteuern, ist schon durch den Wortlaut dieses Antrages angedeutet. Die Vertreibung würde aber lediglich der kleinen Zahl von Landwirthen zu Gute kommen, die Massenproduzenten sind, d. h. den Großgrundbesitzern, während die 95 Proz. der Landwirthe, die ihr Getreide selbst verbrauchen oder solches kaufen müssen, Nachtheil haben würden. Daß der Antrag auf einen Bruch der Handelsverträge hinausläuft, ist eine Sache für sich.

Eine größere Unversöhnlichkeit, bemerkt die „Berliner Zeitung“, als dieser Antrag ist kaum denkbar. Man begreift nicht, warum die Agrarier über den Antrag so lange und ähnliche Projekte so lange die klugen Köpfe zerbrochen haben, wenn die Sache so einfach zu machen ist. Man schließt einfach die Grenzen gegen jede Einfuhr ab, bis der Inlandspreis die nach agrarischen Begriffen erforderliche Höhe erreicht hat, und das Geschäft ist gemacht.

Vom eventuellen Dolus wird ein neuer Fall bekannt. Ein Maurer Fallend in Dresden hatte auf die „internationale revolutionäre Sozialdemokratie“ bei der diesjährigen Maisfeier ein Hoch ausgebracht und wurde hierfür vom Schöffengericht wegen „groben Unfugs“ zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Da der Angeklagte noch nicht bestraft war, änderte das Landgericht Dresden das Urtheil in 25 Mark Geldstrafe um, sprach in der Begründung aber zugleich aus, es sei zwar nicht nachgewiesen, daß sich Jemand durch das Hoch befähigt gefühlt habe, doch sei die Möglicheit hierzu vorhanden gewesen. Der Dolus eventualis ist hier also bereits auf derartigen „groben Unfug“ angewendet worden. Nach der Logik des Dresdener Gerichts könnte ja jeder Verammlungsredner sich des groben Unfugs schuldig machen, sofern „möglichstweise“ sich ein politischer Gegner befähigt fühlt.

Aus dem Gothaischen Landtag. In der Sitzung vom 16. ds. M. beantragten die Sozialdemokraten, gelegentlich der Berathung einer Petition um Ertheilung der Konzession zum Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen, die von dem Ministerium auf Grund des § 33 der Gewerbe-Ordnung erlassenen Verordnungen aufzuheben.

Wie in den meisten Staaten, so sind auch hier eine Menge besonderer Vorschriften für Gastwirthschaften und den Verkauf der Spirituosen durchgeführt, Bestimmungen, welche die Ertheilung der Genehmigung zum Betriebe einer Gastwirthschaft ganz in das Ermessen der Behörden legen.

Dadurch werden nicht nur die Gastwirth oder die es werden wollen, abhängig von der Behörde, der Zustand kann dadurch auch zur reinsten Privilegiums- und Günstlingswirthschaft kommen. Wir sind der Meinung, daß der erste Theil des § 33 der Gewerbe-Ordnung genügend Schutzbestimmungen gegen Mißwirthschaft trifft und daß das Gastwirthsgewerbe so frei gegeben wird, wie jedes andere. Wir halten die besondere Genehmigung und Besteuerung eines einzelnen Gewerbes für ein Unrecht und traten in diesem Sinne für den Antrag ein. Der Landtag war anderer Meinung. Die Herren Agrarier und Freisinnigen huldigten der Phrase, daß der Branntweingenuß die Noth und Unfittlichkeit des Proletariats erzeuge, während jeder vernünftige Mensch weiß, wie auch von unserer Seite im Landtage nachgewiesen wurde, daß die Sache umgekehrt liegt. Die Herren ließen sich natürlich nicht befehlen. Ein recht kräftiges Geplänkel fand noch einmal gelegentlich einer Petition einer armen Waldgemeinde wegen der argen Schäden des Wildstandes und der Waldnutzung durch die herzogliche Jagdverwaltung zwischen Landtag und Ministerium einerseits und den Sozialdemokraten und Ministern andererseits statt. Der Schluß der Landtags-Session dürfte in zirka acht Tagen eintreten. An wichtigen Vorlagen liegen noch vor: Volksschulgesetz mit Gehaltserhöhung der Volksschullehrer, bei welchem die Sozialdemokraten die den Lehrern günstigste Haltung einnehmen; ferner Aufhebung des Schulgeldes, dann einige Anträge des Genossen Hoß auf Aufhebung des Schauffeegeldes, Streichung des Staatszuschusses für Geistliche und einige untergeordnete Anträge und Vorlagen.

Ueber Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes bringt die „Stat. Korresp.“ weitere Angaben. In dem Jahre 1896/97 wurden in den Landgemeinden und Gutsbezirken des preussischen Staates (ohne Hohenzollern) 79 133 Besitzern der Einkommensteuer mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk., mit einem Grundvermögen (einschließlich Betriebskapital) von 9,69 Milliarden und einer Schuldenlast von 3,44 Milliarden gleich 35,51 pSt. des Grundvermögens nachgewiesen. Die

„Stat. Korresp.“ macht darauf aufmerksam, daß sich unter jenen Besitzern auch eine Anzahl Personen befinden, die nicht zu „ländlichen Grundbesitzern“ gehören, wie z. B. ländliche Industrielle, Kaufleute, Rentner u. dergl., und in gewissen Landestheilen, wo auch das platte Land schon eine entwickelte Erwerbstätigkeit zeigt, ebenso in Bezirken, die zahlreiche Vororte von Großstädten einschließen, können diese Personen sogar einen wesentlichen Bruchtheil jener Gesamtzahl bilden. Wollte man also die eigentlichen Landwirthe, ihr Grundvermögen und ihre Schulden ermitteln, so würden sich durchweg kleinere Biffern als die obigen ergeben.

Die Vertheilung der Besitzern auf die Regierungsbezirke bietet manches Bemerkenswerthe. Die Bezirke mit umfangreichem Großgrundbesitz treten leinwegs mit besonders großen Antheilen an der Gesamtzahl der Besitzern mit mehr als 3000 Mk. Einkommen hervor. In den Bezirken der Provinzen Pommern und Posen, in welchen der Großgrundbesitz am meisten überwiegt, sind solche Besitzern gleichwohl fast durchweg seltener als in andern mehr bäuerlichen Gegenden. Selbst die Bezirke des Südwesdens, in denen das Kleinbäuerthum vorherrscht, zählen verhältnißmäßig mehr solche Besitzern als jene östlichen. Hier, wie namentlich Regierungsbezirk Potsdam blühten unter den Besitzernverhältniß viel Nichtlandwirthe stecken; in der Höhe der Verschuldung sind drei große Gebiete zu unterscheiden. Das erste mit der größten, 50 pSt. des Grundvermögens übersteigenden Verschuldung umfaßt die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen mit Ausnahme der Bezirke Gumbinnen und Strasburg, die aber auch nur wenig hinter diesem Satze zurückbleiben; das zweite mit 25 bis 50 pSt. Verschuldung die übrigen Bezirke östlich der Elbe, ferner Merseburg, Schleswig, Koblenz und Düsseldorf, das dritte mit weniger als 25 pSt. den Rest des Staatsgebietes. Im ganzen schwankt die Verschuldung der Besitzern mit mehr als 3000 Mark. Einkommen von 57,29 pSt. in Bromberg bis zu 12,02 pSt. in Osnabrück. Am meisten erscheinen in der Regel die Gebiete mit a u s g e b r e i t e m G r o ß g r u n d b e s i t z e , demnach die mit viel groß- und mittelbäuerlichem, am wenigsten die mit vorwiegend kleinbäuerlichem Besitze verschuldet.

### Belgien.

Der erste belgische Landarbeiter-Kongress wird soeben vom Generalrathe unserer belgischen Bruderpartei einberufen, derselbe wird am 8. August in Nivelles stattfinden. Auf die Tagesordnung wurden vorläufig folgende Punkte gesetzt: 1. Ueber die Reorganisation der landwirthschaftlichen Vereine und die Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen. 2. Formen der Organisationen, die auf dem platten Lande gegründet werden können. Endlich soll über die Lage der ländlichen Arbeiter in den einzelnen Bezirken berichtet werden.

Wir wünschen auch diesen Bestrebungen unserer belgischen Freunde besten Erfolg.

Von der Vergewaltigung des belgischen Parlaments durch die klerikale Mehrheit zeugt folgender Bericht: In der belgischen Kammer ging es am Donnerstag recht lebhaft zu. Die Abgeordneten begannen ihre Sitzung am Donnerstag damit, daß der Vorsitzende dem klerikalen Mitgliede De Trooz das Wort zur Tagesordnung — Entwurf eines Gesetzes über die Bürgerwehr — gab, allein da meldete sich, wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, der Sozialist Smeets, mit der Bemerkung, er habe das Wort vorher verlangt. Herr De Trooz fuhr, auf das Präsidentenamt übergreifend, den rothen Kollegen mit den Worten an: „Ich gestatte Ihnen nicht, das Wort zu nehmen.“ (Aarm.) Die Mitglieder auf der rechten Seite des Hauses trommeln mit den Falzbeinen auf die Pulte. Smeets sagt, er wolle und werde reden. „Zur Ordnung!“ ruft die Rechte. Der vorsitzende Vizepräsident erteilt Smeets den Ordnungsruf. Smeets will zur Geschäftsordnung und gegen den Ordnungsruf sprechen. Der währenddessen hereingetretene Präsident Beernaert rath seinem Stellvertreter, Smeets das Wort nicht zu erteilen. Der aber ergiebt sich nicht. Hinaus mit ihm! ruft der Minister des Auswärtigen de Faberan. Der Vizepräsident findet sich genöthigt, die Sitzung auf eine Viertelstunde aufzuheben. Der Minister und die Sozialisten hauchen sich gegenseitig an. Mitglieder der Rechten steigen in den freien Halbkreis hinab, wo erregte Zwiegespräche geführt werden. De Trooz tritt kampferfüllt den Sozialisten entgegen, man befürchtet Thätlichkeiten zwischen ihm und dem Sozialisten Calawaert, bis ersterer sich zurückzieht. Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen, erhält Smeets vom Vizepräsidenten die Strafe der Zensur mit Eintragung in das Protokoll. Bertrand (Soz.) erklärt diese Maßregel für ungerechtfertigt. Die ganze Linke könne bezeugen, daß Smeets das Wort zuerst verlangt habe. Der Vizepräsident Snoy: „Dann hätte er sich lauter melden sollen.“ So wird einige Zeit noch hin und her gestritten. Dann läßt De Trooz die Bemerkung fallen: „Es giebt also Spitzel hier?“ Vandersvelde (Soz.): „Spitzel giebt es in Ihrer Partei. Wenn Sie darauf halten, wird man sie mit Namen nennen.“ Der Vorsitzende fordert Bertrand auf, das dem Abgeordneten De Trooz gegenüber gebrauchte Wort „Demont“ zurückziehen. Bertrand: „Ich ziehe den Ausdruck zurück, aber ich halte meine Beurtheilung aufrecht.“ Smeets erklärt, man werde ihn nicht zum Schweigen bringen, und am Dienstag werde er einen Besserungsantrag zu dem Entwurf einbringen. Tagnart (Sozialist) persönliche Bemerkung: Ein Mitglied der Rechten habe die Linke eine Bande Komödianten geschimpft. De Rouillé (Rechte): „Das habe ich gesagt.“ Der Vorsitzende:

„Darauf werden wir zurückkommen. Jetzt handelt es sich darum, den gegen Herrn Smeets ausgesprochenen Verweis zu bestätigen.“ Das geschieht. Tagnart hebt hervor, daß der Ausdruck „Komödiant“ von einem Schriftführer des Hauses gebraucht worden, der mit dem Vorsitzenden zur Wahrung der Ordnung beauftragt ist. Komödiant seien diejenigen, die fortwährend in den Sitzungen fehlen, sowie diejenigen, welche die Sozialisten als vaterlandslos bezeichnet, sich aber hüteten, ihre Söhne die Pflicht erfüllen zu lassen. Der Vorsitzende: „Ich habe den Ausdruck nicht vernommen und bitte Herrn De Rouillé, ihn zurückzuziehen.“ De Rouillé: „Ich will den Ausdruck „Bande von Komödianten“ zurücknehmen, wenn Herr Bertrand den gegen den Vorstand gerichteten Ausbruch „Komödianten“ zurücknimmt.“ Bertrand: „Ich habe nicht von Komödianten gesprochen, sondern gesagt, hier spiele man Komödie, und das ist parlamentarisch.“ Vandersvelde: Die Abgeordneten müssen das Recht haben, sich bei Ausdrucks „Komödie“ gegenüber denen zu bedienen, die Schluß rufen, um einen Redner der Opposition nicht zum Worte kommen zu lassen, denen, die auf dem Flur die Spitze der Saalbiener zu denen der Abgeordneten hängen, um glauben zu machen, das Haus sei beschlußfähig, und gegenüber denen, die Morgenstunden beschließen und ihnen fern bleiben. Wir haben das Recht zu behaupten, daß die Komödie spielen, aber ein Mitglied des Vorstandes hat nicht das Recht zu sagen, wir seien eine Bande Komödianten.“ Rechts: „Er hat zurückgenommen.“ Links: „Er hat gar nichts zurückgenommen.“ Vandersvelde: „Uebrigens legen wir nicht mehr Gewicht als notwendig auf die Schimpfworte eines Mannes, der nur deshalb zornig wird, weil er Sitzungen bewohnen muß, die ihn langweilen.“ Damit schloß der Zwischenfall.

### Frankreich.

Ordnungsparteiliches. Vorigen Sonntag fanden in Narbonne Neuwahlen zum Gemeinderath statt. Die Wahlen vom Mai 1896, die den Sozialisten von neuem eine Mehrheit von 600 Stimmen gegeben hatten, waren vom Staatsrath auf Geheiß der sozialistenhäßlichen Regierung wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten annullirt worden. Das Kabinet Meline besolgt systematisch die Taktik, jede sozialistische Gemeindegewahl mit einer nicht bedeutenden Mehrheit annulliren zu lassen, um nochmals das Wahlglied zu versuchen. Trotz der Dhringen, welche namentlich die Neuwahlen in Roubaix und Carmaux der Regierung eingebracht hatten, wendete der Staatsrath jene Taktik auch auf Narbonne an. Diesmal aber waren umfassende Maßregeln getroffen worden, um das störische Wahlglied — zu forrigiren. Das Ergebnis war, daß die ministerielle Gemeindegewahl in Narbonne mit 700 Stimmen über die sozialistische Liste siegte. Man kann sich denken, welcher wahnwütigen Grad der Jubel der Ordnungspresse über die „Bermichtigung“ des Sozialismus in einer großen Stadt erreicht hat. Dem Jubel folgte aber auf dem Fuß der Kagenjammer. Es steht bereits fest, daß der Ordnungssieg durch die größten Wahlfälschungen erschwindelt wurde. Nicht genug damit, daß eine erhebliche Anzahl sozialistischer Wähler von dem wahlleitenden administrativen Ausschuß — die sozialistische Municipalität (Magistrat) mit dem Bürgermeister, Genossen Ferroul, war vorsorglich des Amtes enthoben — keine Wahllegitimation erlangen konnte, daß am Wahltage die sozialistischen Vertreter aus dem Wahlbureau mit Gewalt verjagt wurden, daß die ganze Stadt mit Gendarmen und Militär überfluthet, daß Ferroul wegen der pflichtgemäßen Weigerung, sein Wahlbureau zu verlassen, für die Dauer der Wahlhandlung verhaftet wurde, — nicht genug mit alledem, ist in einem Wahlbureau der Vorsitzende auf frischer Wahlfälschungs-Ehat er t a p p t worden, und das von dem anwesenden Polizeikommissar Roman. Der Vorsitzende, ein gewisser Bichambis, durch die breiten Schultern der Gendarmen den Augen der Kontrolleure entzogen, steckte in die Wahlurne ein dickes Paket ministerieller Wahlzettel ein. Der genannte Polizeikommissar dachte einen Augenblick daran, den Wahlfälscher auf der Stelle zu verhaften. Er unterließ es — wie er dem Vertreter des sozialistisch-radikalen Organs „Depeche (Toulonse)“ erklärt — mit Rücksicht auf seine „Frau und Kinder“. Ueber Nacht kam er aber auf ehrlichere Gedanken — und nun veröffentlicht die „Depeche“ den Text seines Demissions-schreibens an den Minister des Innern Barhou, worin der Polizeikommissar seine Demission „als aufrichtiger Republikaner“ mit den angeführten Thatsachen begründet. . . Die sozialistische Kammerfraktion beabsichtigt, die Regierung über die Wahlfälschungen zu interpelliren. — Beiläufig, die Aktion Barhou's in Narbonne giebt einen Vorgeschmack davon, wessen man sich von ihm bei den kommenden Kammerwahlen versehen darf, falls das Kabinet Meline bis dahin am Ruder bleibt.

Cornelius Herz' Brief an die Panama-Kommission ist nun als authentisch erkannt worden. Die zwei Mitglieder der Kommission, Blichon und Genosse Rouanet, die nach Herz' Aufenthaltsort, Bournemouth (bei London), delegirt waren, um sich des authentischen Ursprungs des Briefes zu versichern, haben außerdem die Ueberzeugung gewonnen, daß Herz wirklich entschlossen ist, wichtige Enthüllungen zu machen.

„Ich habe,“ erklärte Herz, „ungeheure Sachen, Staatsgeheimnisse, zu enthüllen. . . . Man wird die ganze Wahrheit erfahren und ich will, daß sie veröffentlicht und überall verbreitet werde.“

Wegen seiner ewigen Zuckerkrankheit, die ihn zum

Glick für die Panamisten vor der Auslieferung bewahrt hat, will er jedoch nach Paris, trotz des ihm angebotenen freien Geleitbriefes nicht kommen. Er besteht darauf, daß die aus allen Parteien zusammengesetzte Mehrheit der Kommission sich zu ihm nach Bournemouth begeben. Das wird auch geschehen.

Herz wunderte sich, daß man in Paris selbst seine Unterschrift nicht habe beglaubigen können: „Herr Hanotaux (Minister des Auswärtigen) kennt sehr gut meine Unterschrift und meine Handschrift auch. Und hätte er Zweifel gehabt, dann brauchte er sich nur beim Präsidenten der Republik, Herrn Felix Faure, zu erkundigen, der ebenfalls meine Handschrift und Unterschrift kennt.“ Dabei zeigte Herz den Kommissionsmitgliedern einen Empfehlungsbrief, worin Hanotaux ihn, Herz, in der eindringlichsten Weise Herrn de Laboulaye, dem französischen Votschafter in Madrid, empfiehlt.

Herz hatte übrigens schon 1892 sich erboten, umfassende Enthüllungen zu machen. Die damaligen Regenten, welche zwecks Vertuschung der Panama-Affäre mit Arton unterhandelten, hörten aber auf dieses Ohr nicht. Zu seinem neuesten Anerbieten wurde der „Strank“ von Bournemouth provoziert durch die ihn belastenden Aussagen vor der Kommission des gerichtlichen Panama-Liquidators Imbert. Und dann löst ihm die Zusammenfügung und die bisherige Thätigkeit der Kommission Vertrauen ein in deren Wunsch, die Wahrheit zu ermitteln.

Untern 17. dieses Monats wird aus Paris noch gemeldet:

Die Panama-Untersuchungskommission begab sich heute Vormittag in den Senat, um den Präsidenten Loubet über die Affäre Dupas zu befragen. Loubet erklärte, Dupas niemals gesehen zu haben, doch habe er seinerzeit dem Chef der Kriminalpolizei befohlen, seinen Untergebenen Dupas zu beauftragen, sich von der Identität Arton's zu überzeugen und denselben zu verhaften.

## Lübeck und Nachbargebiete.

20. Juli.

### Zugzug ist fernzuhalten von Tischlerern und Töpfern nach Rostock, Schlossern und Maschinbauern nach Dänemark.

**Hatung Holzarbeiter!** Nach den Möbelfabriken von Gehl. Wasserstradt, W. Senff, H. W. Th. Wahrst, J. P. H. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. S. Wangert ist der Zugzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Wohnkommission der Holzarbeiter.

**Bürgerchaft.** Versammlung vom Montag, den 19. Juli. Zum Bürgerchaftsvorsitzender wurde gewählt Dr. Wrehmer, zum ersten Stellvertreter Herr Lange, zum zweiten Schorer, in den Bürgerausschuß Dr. Benda, Blund, Kaufmann Evers, Pastor Evers, Fehling, Fuß, Kuhn, Schwarz, Dr. Sommer, Tegmeyer, Wengenroth, Wilms und Dr. Fiehl. Aus den Senatsthätigkeiten ist zu erwähnen, daß die Auslegung der Pläne und Sitzungen zu den Senatsträgen fürderhin 3 Tage vor den Bürgerchaftssitzungen in der Senatstanzlei erfolgen soll. Eine längere Debatte zeitigte die „Schuhmannsfrage auf dem Lande“. Man stritt über die Thätigkeit und die zweckmäßigste Ausrästung der auf den Dörfen stationierten Geseßwächter. Der Senatstrag betreffend Abänderung des von der Baudeputation in Gemäßheit des Rath- und Bürgerchlußes vom 17. Juli 1893 mit dem Bau- rathe Wallbrecht in Hannover abgeschlossenen Vertrages betr. die Regulirung des Wakenitz- ufers bei Marly fand Annahme. Bei der Behandlung des Antrages betr. die Parkanlagen vor dem Mühlent- und Burgtor wurden verschiedene Wünsche laut hinsichtlich der Ausgestaltung der Anlagen, so auf Entfernung des St. Annenkirchhofthores u. a. m. Der Antrag selbst ward angenommen. Längere Erörterungen wurden gepflogen bei Berathung des auf Abgrenzung eines Wohnviertels in Travemünde abzielenden Antrages. Der Streit drehte sich im wesentlichen um die Frage, ob dem Städtchen der Charakter eines Badeortes auf alle Fälle gewahrt bleiben soll oder ob man auf der Fischeräckerindustrie Raum zur Entwicklung lassen will. Man war durchweg auf die Räumereien wenig gut zu sprechen. Der Senatstrag, welcher Ausdehnung des Wohnviertels bis zum Travesteg wünscht und ein Antrag Fehling, nach welchem Ausnahmen durch Senat und Bürgerausschuß gestattet werden können, wurde angenommen. Von den Vertretern Travemündes ergriff nur Herr Hobe einmal das Wort, um das schlechte Pflaster der „Rose“ in Schutz zu nehmen.

Das Volksfest hat im Allgemeinen einen guten Verlauf genommen. Drohte zu Ende voriger Woche der Regen störend einzuwirken, so klärte sich am Sonntag das Wetter doch soweit auf, daß der Aufenthalt im Freien angenehm wurde. Besonders der zweite Tag zeichnete sich durch milde, herrliche Temperatur aus. Das ist im Interesse der vielen Geschäftsleute, welche vom Volksfest eine kleine Extraeinnahme zu erhoffen pflegen, erfreulich. Im Allgemeinen dürften sie denn auch mit dem Resultat zufrieden sein, ausgenommen vielleicht der Besitzer einer großen elektrischen Tunnelbahn, welche wegen Fehlens einer amtlichen Bescheinigung bezüglich der Dampfessel am Sonnabend nicht polizeilich abgenommen und daher erst am Montag in Betrieb gesetzt wurde.

Am Uebri gen bot sich das altbekannte Bild. Wogenbe, feckliche Menschenhaaren, ohrbetäubende „Musik“, viel Alkohol — kurzum, das echte Jahrmarchtleben. Denn mehr ist das Volksfest nicht, als ein Jahrmarkt großen Stills. Der Festzug kann demjenigen, welcher einige Dezennien zurückdenkt, nicht imponiren trotz der kostspieligen Arrangements. Man merkt gar zu sehr die Mühe, welche es gekostet, ihn überhaupt zu Stande zu bringen. Einen prächtigen Zuwachs erhielt er in diesem Jahre durch die Birlethriderschaft, die Liebtafel der Firma Carl Thiel u. Söhne, und den Hirsch-Dunckelschen Gewerlverein, welcher zum Ueberflus auch noch am Sonntag Fahnenweihe veranstaltete, bei welcher ein Herr Mauert aus Berlin die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ zur Gebühr feierte. Wir haben den Glauben an diese Harmonie später auf den Mienen manches „freiwillig“ der Jahne folgenden zu lesen und aus dem resignierten Grus, der uns ward, allerlei Erbauendes entnommen. Charakteristisch ist übrigens, daß neben Krieger-, Turner- und Gesangsvereinen die Angehörigen derjenigen Gewerke das Hauptcontingent zum Zuge stellen, in denen Organisationen kaum vorhanden und Kost und Logis beim Meister, lange Arbeitszeit und langer Lohn an der Tagesordnung sind. Schlachter, Bäcker, Schornsteinfeger waren stark vertreten. Auffallend war auch die große Zahl der Lehrlinge. Wir machten schon gelegentlich der Maifeier hierauf aufmerksam. Für den Zuschauer bot der Zug einen ganz netten Anblick. Ob es freilich Zeichen eines geschmackvollen Arrangements war, an den Schlus den Tanbenkäfig des G. Stügelzuchtvereins zu setzen, lassen wir dahingestellt, ebenso wie wir unentschieden lassen wollen, ob die Festeitung nicht besser getan hätte, an Stelle des Herrn Dr. Preiß einen etwas gewandteren Redner zu bestellen. Uns ist selten eine so leichte oratorische Leistung vorgekommen. Solche Gemeinplätze, wie sie der rechtgelehrte Herr im lieblichsten Diktant vortrachte, verwerthet ja kaum ein Terzianer, welcher über das Fest einen deutschen Aufsatz schreibt. Unvermeidlich war jedenfalls die geistreiche Nebenart von „Segnern und Rednern“, welche das Fest haben soll. Wir müssen gestehen, daß uns — und dahin zielt der Kadellisch doch — derartige Gefühle fern liegen. Daß die organisierten Arbeiter offiziell am Feste sich nicht betheiligen, sehr zum Bedruß der um Massenfesten verlegenen Herren, hat man selbst verstanden. Wo man mit Fahrlässigkeit regiert wird, pflügt man nicht wiederzukommen. Aber deshalb Gegner? Fällt uns gar nicht ein! Wir gönnen dem Volke noch weit mehr Feste und wünschen nur, daß die Herren Arbeitgeber durch anständigere Entlohnung ihren Arbeitern es ermöglichen, öfter als jetzt angängig, einmal dem soziosen Vergnügen nachzugehen. Und Reider? Thorheit! Wir arrangiren selbst unsere Feste, und der Reid muß es uns lassen, daß wir in der Beziehung fixer sind und andere Wiclungen zu erzielen wissen. Warum? Nun, weil wir eben wirklich das Volk hinter uns haben. Und da sollte Reid bei uns ankommen. Kleiner Schäfer! Unsere Bourgeoisie hat selbst das Fest des Charakters eines Volksfestes entkleidet und ihm den Stempel einer „patriotischen“ Demonstration aufgedrückt, ihm einen Inhalt verliehen, der Himmelweit verschieden ist von dem ursprünglichen. Will man es da der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verargen, wenn sie nicht mitmacht? Sie hat aber trotzdem keine Ursache das Fest an sich zu meiden. Warum denn? Allein das wirklich prächtige Feuerwerk, welches gestern geboten wurde, ist schon den Weg nach dem Burgfelde werth. Und im Uebri gen — wir freuen uns mit den Fröhlichen.

**Wache.** Der altbekannte und beliebte Besizer des Zoologischen Gartens hat, wie es heißt in einem Anruf von Geistesstörung seinem Leben ein Ende gemacht. Das Schicksal des strebsamen, unablässig für den Ausbau seines Instituts thätigen Mannes wird allgemeines Bedauern erregen.

**Tivoli-Theater.** Am Mittwoch Abend ist das Benefiz der beliebten Schauspielerin Frau Sypjan-Blid. Wir verschlen nicht, hierauf noch besonders hinzuweisen und bemerken gleichzeitig, daß die Stänklerin für ihren Ehrenabend das Birch-Pfeiffer'sche Stück „Mutter und Sohn“ ausermählt hat.

**Vom Tage.** In Hast gerieth ein Arbeiter, welcher Sonntag in Travemünde bettelte und bei seiner deswegen erfolgenden Verhaftung heftigen Widerstand leistete. — Gestohlen wurde einem Maler ein goldener Ring mit dunklem Stein, einem Hamburger Restaurateur auf dem Festplatze eine silberne Uhr mit vergoldeten Rapsel, Nickelkette und goldenem Medaillon.

**Wahl.** Von der Gemeindeversammlung in H e r r e n w i h l ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen A. S. D. Beuthien der Handelsmann W. J. S. Nie mann zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gefegliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Derselbe wurde in genannter Eigenschaft obrigkeitlich bestätigt und auf gewissenhafte Amtsführung eidlich verpflichtet.

**Bauschutt** aus der inneren Stadt kann fortan nicht nur auf dem Uferstreifen der Innenwakenitz unterhalb des weiten Bohbergs, sondern auch auf dem Uferstreifen unterhalb der Fleischhauerstraße abgeladen werden.

**Hamburg.** Will der Herr Landgerichtsdirektor den Beweis der Wahrheit antreten? In einem Streitprozeß, der gestern vor der Ferien-Strassammer IV des Landgerichts hier selbst zur Verhandlung kam (Anlage wegen Nöthigung und Körperverletzung gegen den Kohlenarbeiter Krüger), meinte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Danzel: „Die Streikenden erklärten es ja damals (Zur Zeit des Hafenarbeiterstreiks, d. Red.)

für ihr göttliches und menschliches Recht, Fehen, der arbeitete, verprägen zu dürfen!“

**Hamburg.** Der Vater des im vorigen Jahre hingerichteten Breitrück ist bekanntlich vor einiger Zeit nach Verübung eines Sittenverbrechens flüchtig geworden und wird seitdem seitens der Altonaer Staatsanwaltschaft stekbriesslich verfolgt. Nicht allgemein dürfte es bekannt sein, bemerken die „H. N.“, daß er ein Vermögen von nahezu einer halben Million, daß größtentheils in Hypotheken angelegt ist, im Etiche gelassen hat. Am Freitag wurde eines der früher Breitrück'schen Grundstücke am Schlump, das nicht weniger als 32 Wohnungen enthält, von einem Altonaer Hausbesitzer für eine große Summe käuflich erworben. Wie es heißt, hat der flüchtige Breitrück allein aus seinen Grundstücken — nebenbei verfügte er über ein bedeutendes Baarvermögen — eine jährliche Rente von über 25 000 M. gezogen.

**Wandsbek.** Das am Sonntag abgehaltene Gewerkschaftsfest erfreut sich eines enormen Zuspruchs. Schon in den ersten Nachmittagsstunden strömte eine riesige Menschenmenge dem Festloale in der Poststraße zu. Für Kurzeil aller Art war bestens Sorge getragen, so daß sich Groß und Klein vortrefflich amüßigte. Die Festrede hielt Genosse Kimmel-Hamburg, dessen Ausführungen lebhaften Anklang fanden. Die Liedertafeln des Arbeiter-Sängerbundes sangen mehrere der Bedeutung des Tages entsprechende Lieder. Ein Festball hielt die Festtheilnehmer bis zu später Stunde beisammen. — Ein Umzug durch die Straßen der Stadt ist bekanntlich vom stellvertretenden Polizeiverwalter, Oberbürgermeister Rauch, ohne Angabe von Gründen verboten worden.

**Riel.** Am Sonntag fand hier selbst eine Zusammenkunft von dem Verbands der deutschen Buchdrucker angehörigen Maschinenmeistern des Gaus Schleswig-Holstein statt behufs Stellungnahme zu dem für nächsten Monat nach Halle a. S. einberufenen Kongress von deutschen Buchdrucker-Maschinenmeistern. Herr Hoch aus Hamburg hatte hierzu das Referat übernommen. Er besprach hauptsächlich die schlesischen Verhältnisse einzelner Maschinenmeister im Gau Schleswig-Holstein, namentlich in je einem Geschäft in Schleswig und Neumünster, betonte dann die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit für sämtliche Druckorte (bis jetzt haben eine ganze Anzahl von Druckorten im Gau Schleswig-Holstein unter 20 000 Einwohnern zehnstündige Arbeitszeit) und eine Aufhebung der sogenannten Maschinenmeisterei-Klausel, (Zusammenlegung der in vorigem Jahre eingetretenen Verkürzung der Arbeitszeit zu größeren Pausen) und ersuchte die Anwesenden, auch für den Gau Schleswig-Holstein einen Delegierten zu dem Kongresse zu entsenden. Dies fand allezeitige Zustimmung, und es wurde sofort zur Wahl eines Delegierten geschritten und hierzu Nagel-Riel und als Stellvertreter Winne-Flensburg gewählt. Betreffs der Kostendeckung beschloß die Versammlung, den Zentralvorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker, sowie die Kommission der Maschinenmeister Deutschlands zu ersuchen, auch für den wohl bei der Eintheilung nur in Folge eines Mißverständnisses übergangenen Gau Schleswig-Holstein ebenfalls die entstehenden Ausgaben aus der Zentralkasse zu zahlen.

## Aus Holz und Fern.

**Schweigegelder.** In München wurde nebst seiner Frau und einem Theile seines Personals wegen Rupperei der Besizer des „Münchener Hofes“ in der Dachauerstraße, Ludwig Schlicht, verurtheilt. Die „Münchener N. Nachr.“ fügen der Notiz über diesen Kriminalfall folgende Mittheilungen bei: „Die Verhandlung fand vergangenen Freitag statt. Wenn die „M. N. N.“ erst heute in der Lage sind, hierüber zu berichten, so findet dies seine Erklärung darin, daß der Angeklagte Schlicht dem Journalisten Otto Laubböck den Betrag von 200 M. als Schweigegeld zur Vertheilung an die Gerichtsaalberichterstatter zur Unterdrückung des Verhandlungsberichtes in den sämtlichen hiesigen Zeitungen übergab. Otto Laubböck, der zwar sonst für die „M. N. N.“ arbeitete, war für diesen Fall nicht unser Berichterstatter. Aber auch das „Münchener Korrespondenzbureau“ des Journalisten Emil Gärner, das mit der Berichterstattung beauftragt war, unterließ diese. Selbstverständlich haben die „M. N. N.“ sofort alle und jede Beziehung zu den beiden genannten Journalisten abgebrochen. Außerdem werden wir Vorfrage treffen, daß „Schweigegelder“, welche mit Recht grade in Preßangelegenheiten auf das Schärfste verurtheilt werden müssen, in Zukunft ihren Zweck nicht mehr erreichen, indem wir durch strenge Kontrolle der angefragten Fälle die Möglichkeit der publizistischen Unterdrückung ausschließen werden.“

### Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 19. Juli.

Der Schweinehandel verlief ruhig. Zwanzig wurden 2280 Stück. Preise: Versandtschweine schwere 64—66 M., leicht 55—57 M., Sanen 40—47 M. und Ferkel 50—55 M. pr. 100 Pfd.

## See-Berichte.

D. Gauthiod ist am 19. Juli, Morgens 7 Uhr, von Kalmar auf hier abgegangen.  
D. Gaster ist am 19. Juli in Rotterdam angekommen.  
D. Marie Louise ist am 19. Juli in Neval angekommen.  
D. Europa ist am 18. Juli in Blyth angekommen.  
D. Alice Krohn ist am 17. Juli in Kronstadt angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Hiermit erkläre ich nochmals, daß die Verlobung mit Herrn Otto Schwelm nicht seinerseits, sondern meinerseits aufgehoben ist. Anna Mett.

Um Irrthümer zu vermeiden. Die Verlobung unserer Tochter Anna mit Herrn Otto Schwelm ist nicht seinerseits, sondern von unserer und unserer Tochter Seite aufgehoben. Fritz Mett und Frau. Albed., den 14. Juli 1897.

Unser Freund Heinrich Westfahl to his fiftyth birthday een dremaal binnerendes hoch. Nu rah Du of mal.

Zu vermieten ein freundliches Logis. Frl. v. ...

Gesucht sofort ein Anecht welcher Landarbeit versteht. Wehändler C. Carstens, Krennstraße 88.

**Matjesheringe**  
à 10 und 5 Pfg.  
empfiehlt in guter Qualität  
**Heinrich Koop**  
Markttwiete 4.

# Ausflug

sämmtlicher

## Gewerkschaften und Vereine

### nach Israelsdorf

mit 5 Musik-Kapellen, Fahnen, Bannern u. s. w.  
am Sonntag den 15. August 1897  
Abmarsch vom Burgfeld Nachm. 2 Uhr, von Israelsdorf Abends 8 Uhr.  
Das Fest-Comité.

**Eine Welt- und Lebensanschauung**  
für das Volk,  
mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen.  
Von  
**A. G. Vogt.**  
Zweite Auflage.  
3 Bände zusammen 83 Biefernungen.  
Erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfg.  
Dieses einzig in seiner Art dastehende, epochemachende Werk könnte man mit Fug und Recht auch das Hohelied der Arbeit nennen. In ihm ist zum ersten Male die Arbeit in ihrem innersten Wesen, in ihrer Kulturbedeutung einerseits, aber auch in ihrer Nachhilfe andererseits blozgelegt. Die brennendsten Lebensfragen des Arbeiters sind hier von allumfassenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gesichtspunkten beleuchtet und in logischen Zusammenhang mit dem ganzen Menschheitsgetriebe gebracht. Es ist eine Weltanschauung für den Arbeiter im wahren Sinne des Wortes, es giebt dem Werte seiner Persönlichkeit, seinem Massenbewußtsein die festeste Stütze, es bildet einen Untergrund, auf dem er, heilig und stillig gestärkt, eine von allen quälenden Zweifeln gereinigte Begriffswelt aufzubauen vermag. Alles Wissen, dessen er für das praktische Leben, wie für die Beurteilung aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse bedarf, findet er in diesem unschätzbaren Werke vereinigt.  
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes. Alle Austräger nehmen Bestellungen entgegen!

**H. Schumann's Schuhwaaren-Magazin**  
Schwartauer Allee 90b, Ecke Carlstraße.  
Billigste Bezugsquelle für dauerhaftes Herren-, Damen- und Kinder-Schuhzeug mit und ohne Arbeiter-Kontrollmarke.  
**Billigste Maß- und Reparaturwerkstatt.**  
Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die  
**Adler-Brauerei.**  
Inh.: G. Teichgräber.

**Öffentliche Schneider-Versammlung**  
am Mittwoch den 21. Juli, Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
**Tagungs-Ordnung:**  
1. Stellungnahme zur internationalen Arbeiterschutzkonferenz, eventuell Wahl eines Delegierten.  
2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen erjudt

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:  
**Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften**  
und ihre nächste Aufgabe.  
Mit einem Anhang:  
Die Thätigkeit der Vertrauensleute in der Organisation.  
Von **Friedr. Hoffmann.**  
Preis 15 Pfg.

**Lübecker Genossenschaftsbäckerei**  
(G. G. m. b. H.)  
**Ördentliche General-Versammlung**  
am Montag den 26. Juli 1897  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
**Tagungs-Ordnung:**  
Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1897.  
NR. Antheilscheine legitimiren.  
Der Vorstand.

**Die Schweine-schlachtere**  
von  
**W. Strohfeldt**  
73 Glockengießerstraße 73  
empfiehlt:  
Frische Flohmen, Pfd. 50 Pf.  
Schweinefleisch . . . Pfd. 55 Pf.  
Carbonade . . . Pfd. 70 Pf.  
Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf.  
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.  
Graten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.  
Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pf.  
Geräucherten Speck Pfd. 60 Pf.  
Gehochte Mettwurst Pfd. 60 Pf.  
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

**Achtung Maurer!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch den 21. Juli  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
**Tagungs-Ordnung:**  
1. Vortrag vom Genossen Bartels.  
2. Abrechnung vom 2. Quartal 1897.  
3. Vereinsangelegenheiten.  
4. Fragekasten und Verschiedenes.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.  
Die örtliche Verwaltung.

Neu eingetroffen:  
Emaillierte Trinkflaschen  
do. Eßenträger,  
do. Hochgeschirre  
sehr billig  
Markt Nr. 15.  
**Frankenthal & Co.**

**Achtung! Bauarbeiter!**  
Die Streikfondsmarken sind am Mittwoch den 21. Juli, Abends, beim Kollegen Holst, Engelswisch 33/10, zu entnehmen.  
Der Vorstand.

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Bentzstraße 2.**  
Soblen ist erschienen:  
**Die Majestätsbeleidigungen vor dem Reichstag.**  
Stenographischer Bericht  
über die Reichstagsverhandlungen vom 12. Mai 1897.  
3 Bogen Großtafel. Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.  
Um diesen Verhandlungen, die neben den Debatten über das reaktionäre Attentat auf das Vereinsrecht heute im Vordergrund der politischen Diskussion stehen, die weiteste Verbreitung zu geben, haben wir zur **Rassenverbreitung durch die Vertrauensleute, Agitationskomitees u. s. w.** neben der Broschüren-Ausgabe eine **Agitations-Ausgabe** veranstaltet, die wir zu 60 Mk. pro 1000 Exemplare abgeben können.  
Zu beziehen durch die Expedition des „Lübecker Volksboten“.

**Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie.**  
Eine gemeinschaftliche Darstellung der währungs politischen Kämpfe u. Zustände von **Max Schippel.**  
Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.

**Briefbogen u. Briefumschläge**  
sowie  
**Converts mit Trauerrand, Contobücher u.**  
empfiehlt die  
**Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.**



Und so führte er die Kuh fort und verließ sie. Nach seinem Tode wurde er von verschiedenen Teufeln geplagt und Einer züchtigte ihn unablässig und unermüdet. Da sprach der verdammte Ritter zu dem Teufel:

„Warum verfolgst Du mich beständig und züchtigt mich mehr als ein Anderer?“

Es antwortete der Teufel:

„Wenn ich es nicht thue, thut es ein Anderer! Und das sind die Worte, die Du ausgesprochen hast, als Du einer armen Wittve mit Gewalt ihre Kuh raubtest.“

Man sieht, wie die Prediger gegen das Raubritterthum eiferten; auch der Mönch Werner, der das Gedicht vom Meier Helmbrecht verfaßt hat, verfolgte Besserungsabsichten. Genutzt haben aber diese wohlgemeinten Bemühungen wenig.

Viel mehr als die Fürsten steuerten die Städte dem Raubwesen. Für diese Erscheinung giebt Schulz eine merkwürdige Erklärung; er meint nämlich:

„Vielleicht lag es auch im Interesse einiger Landesherren, daß die Straßen nicht so ganz sicher waren: sie hätten sonst die schönen Summen, die ihnen für das Geleit bezahlt wurden, nicht verdient.“

Daß öfter sehr hohe Herrschaften mit den Habichten der Landstraße gemeinschaftliche Sache machten, ist vielfach belegt, ja es gab sogar raubritternde Reichsfürsten, wovon gelegentlich ein ander Mal.

## Aus Nah und Fern.

**Wilhelmsburg.** Es lebe die Gerechtigkeit! Der „Arbeitswillige“ Lembke von der Hirschfeld'schen Delfabrik schloß bekanntlich während des Hosenarbeiterstreiks in Wilhelmsburg den streikenden Arbeiter Budbrus, verheiratet und Vater vieler Kinder, kurzerhand über den Haufen. Wir erfahren jetzt aus sicherer Quelle, daß das Strafverfahren gegen Lembke schon alsbald nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft eingestellt worden ist, weil Lembke nach Ansicht des Gerichts in Nothwehr gehandelt haben soll. Lembke, der ungefähr acht Tage nach seiner Freilassung Wilhelmsburg verließ, ist auf dem Hirschfeld'schen Gut Christinenthal in Holtstein als Hofsänger angestellt worden. — Was wäre wohl einem streikenden Arbeiter passiert, der einen „Arbeitswilligen“ einfach über den Haufen geschossen hätte? Das Todesurtheil wäre ihm sicher gewesen!

**Ahlward u. Co.** In das Gesellschaftsregister des Berliner Landgerichts I ist folgende Eintragung geschehen: „Ahlward u. Co. mit dem Sitze zu Berlin, Friedrichstraße 235. Gesellschafter sind der minderjährige Erich Ahlward zu Groß-Lichterfelde und der Gastwirth und Kaufmann Emil Bodel zu Berlin. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der p. Bodel berechtigt.“ Wahrscheinlich um dem ewigen Blacereien mit dem Gerichtsvollzieher zu entgehen, hat die Geschäftsgründung diese Form erhalten. Ugermanischer Geist hat aber solche Geschäftskenntnisse auch nicht erfunden.

Ein theures „Proffit“. Als während einer Verhandlung vor dem Schöffengerichte in Posen ein Schöffenniese, rief ein im Zuschauerraum befindlicher Arbeiter „Proffit!“ Wegen Ungehör vor Gericht verhängte hierauf der Vorsitzende über den vorlauten Rufer eine dreitägige Haftstrafe, zu deren Verbüßung der allzuhöfliche Mann sofort abgeführt wurde.

Nur so weiter! Kürzlich berichteten die Blätter von einem katholischen Geistlichen in Westfalen, der den Damen die Benutzung der Schwimm-

anstalt und den kleinen Mädchen das Tragen armerlicher Sommerkleider als „die Sittlichkeit gefährdend“ mit Erfolg verboten hat. In letzter Nr. 29 äußert sich nun die „Jugend“ über diesen Fall in einem „Nur so weiter!“ betitelten Gedichte u. a. folgendermaßen:

Da hör' ich nun aus dem Westfälischen  
Zu meinem infernalischen  
Vergnügen von einer moralischen  
Geschichte, sabel und rar:  
Gerettet mit Unerbittlichkeit,  
Mit Eifer und schneidiger Stillschkeit,  
Hat wieder einmal die Sittlichkeit  
Ein Männlein in schwarzen Zalar!

Vertampfen thut dort der katholische  
Ignazius-von-Doollische  
Pfarrer die diabolische  
Einhaltigkeit ohne Guab';  
Aus Gelinden, aus unbeschreiblichen,  
Verbot er dem Ewig-Welblischen  
Die Meinigung seines selbischen  
Thelles in kühlem Bad.

Es sprach von den Schwarzen der Schwärzlichkeit:  
„O Schwester! Ich bitte auf's Herzlichste,  
Veteibigt Wort nicht auf das Schmerzliche  
Durch Baden, kalt und selvol!  
Verbit so schänden Standal nicht mehr —  
Ich selbst wusch mich seit dem Vennal nicht mehr,  
Empfinde das durchaus als Qual nicht mehr  
Und fühle mich munter und wohl!“

Ein wahrer Hegenmeister ist der Inhaber eines „orthopädischen Instituts für Fußleidende“ in Elberfeld, der Folgendes verkündet: „Endlich ist es mir gelungen, einem jeden Fußleidenden Schuhe anfertigen zu können, worin sich derselbe, ohne jegliche Schmerzen beim Gehen zu empfinden, fortbewegen kann, welche Kunstfertigkeit bis jetzt von keinem meiner Konkurrenten erreicht worden ist. Ist der Fuß auch noch so krumm gewachsen, so muß sich derselbe beim Anziehen der von mir gefertigten Schuhe sofort strecken, und jeder Lebende wird grad und bequem gehen können, sogar ohne Inzulfenahme von Stock oder Krücke, dieses ist sogar der Fall bei Demjenigen, der gar keine Füße hat.“

Frommer Boykott. Das „Mainzer Journal“ schreibt: „Wenn Jeder es sich zum Grundsatze macht, in öffentlichen Lokalen und auf der Reise an den Bahnhöfen oder in den Bahnhofrestaurationen jedes Mal nach einem katholischen Blatte zu fragen und, wenn keines vorrätig ist, Beschwerde zu erheben, dann würde bald Wandel geschaffen sein. In Hotels und Restaurationen muß im äußersten Falle der Boykott angewandt werden. Man sagt dem betr. Inhaber: „Wenn dieses oder jenes katholische Blatt nicht aufgelegt wird, verkehre ich in Ihrem Hause nicht mehr.“ — Hoffentlich wird das fromme Blatt nun nicht mehr ein Weggeschrei erheben, wenn Arbeiter den Boykott anwenden.“

Ein „besserer“ Sittlichkeitsverbrecher. Der Kartonnagenfabrikant Hermann Luntkenbein zu Nürnberg halte ein hübsches Mündel. Das stach ihm schon frühzeitig in die Augen. Er glaubte seine Pflicht der Wachsamkeit auch über das körperliche Wohl seines Mündels, wie er selbst naiver Weise sagt, erfüllen zu müssen, nur that er das auf sehr sonderbare, nicht näher zu bezeichnende Weise. Diese Beobachtung der körperlichen Entwicklung des Mädchens trägt dem Luntkenbein 6 1/2 Monate Gefängniß ein.

Lehrer und Pfarrer. Das „Würzburger Journ.“ bringt folgende kleine Episode, die sich in einer Sakristei abwickelte und welche so recht zeigt, welche unwürdige Stellung die Lehrer vielfach gegenüber den Geistlichen

gebühre und daß er hierin keinerlei Konzessionen zu machen gedenke und das mußte man denn auch ganz natürlich finden. Und so saßen die Glücklichen neben einander und sie vergaßen auf Essen und Trinken über der Seligkeit, sich anzusehen. Es war, als ob ihnen dies ein ganz neues noch nie genossenes Glück wäre, und als könnten sie nicht genug davon bekommen. Die Uebrigen aßen wacker und alle Rinnbäcken waren in Bewegung. Der Wirth fand das Essen ausgezeichnet und er begann nun zu loben, und er sprach dabei auch mit stolzer Anerkennung von seinem Schwiegersohne, dem Geschäftstheilnehmer, wie er ihn jetzt zu nennen beliebte, und es freue ihn auch, daß sein Schwiegersohn einer der ersten mit gewesen sei, der das Geschäft in Schwung gebracht habe.

Darauf aber rief der Sepp selber ein lachendes „Dho!“ und alle nannten nun einmüthig und begeistert Mandl, als die erste, als die Schöpferin des Ganzen, und ihr vor allem gebühre die Ehre und zugleich die Dankbarkeit aller Theilnehmer und heute, wo man den Sieg des Unternehmens feiern wolle, müsse man des kleinen Feldherrn zuerst gedenken. Und nun erhoben sich alle, und sie saßen die Gläser und ein donnerndes „Hoch die Mandl!“ erscholl; und hoch, hoch!“ wiederholten alle in enthusiastischer Freude, und der kleine Sepp fing, darüber erschreckt, zu weinen an, und der Hund bellte, und es entstand ein so lautes Durcheinander, daß man das separate „Hoch“, das gleich einem Echo vom Hause herüber tönte, nicht gleich vernahm. Da stürzte der aufsehende Hajo nach der Hausthür, und als ein zweites: „Hoch die Mandl!“ sich von daher vernahmen ließ, wandten sich aller Blicke dahin. Ein kleiner Mann lehnte unter der Thüre. Ein mächtiger Panamahut beschattete ein dunkel gebräuntes Gesicht, dessen untere Partie einen starken Vorkant wies; mit verschränkten Armen stand er da und sah zu ihnen herüber. Ein Augenblick des verblüfftesten Schweigens folgte, da breitete der Mann die Arme aus und trat ihnen entgegen.

(Schluß folgt.)

einnehmen. Lehrer: „Guten Morgen, Herr Pfarrer!“ — Pfarrer giebt keine Antwort. — Pause. — Pfarrer: „Herr Lehrer, haben Sie mich gegrüßt?“ — Lehrer: „Zunächst, Herr Pfarrer!“ — Pfarrer: „Das habe ich nicht gehört, grüßen Sie noch einmal!“ — Lehrer: „Guten Morgen, Herr Pfarrer!“ — Pfarrer: „Guten Morgen!“ — Tableau!

**Unschuldig verurtheilt!** Der Fabrikant Karl Volkholz in Apolda wurde vor etwa Jahresfrist unter dem Verdacht der gewerbmäßigen Fehlerlei verhaftet und, nachdem er sich fast ein Jahr in Untersuchungshaft befunden, vom Landgericht zu Weimar zu vier Jahren Zuchthaus, zehnjährigem Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Das Reichsgericht hob in Folge der eingeleiteten Revision das erste Urtheil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die Vorinstanz zurück. Das Resultat war die Herabsetzung der Strafe auf zwei Jahre Zuchthaus. Jetzt ist der Angeklagte, wie der „Konf.“ mittheilt, im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens völlig freigesprochen worden.

**Der Herr Pfarrer.** Es dürfte auch wohl weitere Kreise interessieren, etwas über die Urtheilsbegründung in der Strafsache des wegen Sittlichkeitsverbrechens verurtheilten protestantischen Pfarrers und Distriktschulinspektors Koppeser aus Ufenborn zu erfahren. Im Gegensatz zu dem jüngst erfolgten Urtheil der Strafkammer in Augsburg, wo es sich um einen Geistlichen handelte, hat das Gericht das in Betracht kommende Mädchen als völlig glaubwürdig erachtet. Dazu komme, heißt es in der Begründung weiter, daß aber auch frühere, heute festgestellte Vorkommnisse, besonders seiner Dienstmagd gegenüber, die er wiederholt mit unstillichen Anträgen verfolgte und die er sogar des Nachts in ihrer Kammer belästigte, den Angeklagten solch gemeiner Handlungen absolut fähig erscheinen lassen. Da der Angeklagte den gebildeten Ständen angehöre, könnten ihm mildere Umstände nicht zugestanden werden. Der saubere Patron ist, wie schon gemeldet, verheiratet und Vater von fünf Kindern. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Gefängniß unter Annahme mildernder Umstände beantragt.

**Andrés Auffahrt.** Der Zeitung „Aftenbladet“ in Stockholm ist folgendes Telegramm von Tromsø aus übermittelt worden: Uebereinstimmend mit dem bereits früher mitgetheilten Beschlusse trafen wir heute Sonntag 10 Uhr 35 Minuten Vormittags Vorbereitungen zur Abreise und sind jetzt 2 1/2 Uhr Nachmittags bereit, aufzusteigen. Wir werden wahrscheinlich in der Richtung Nord-Nord-Ost geführt werden, hoffen aber, nach und nach in den oberen Regionen in günstigere Windverhältnisse zu kommen. Im Namen aller Theilnehmer bringe ich dem Vaterlande und den Freunden unseren wärmsten Gruß. Andrés.

12 000 000 000 Zeitungen werden nach einer neueren Statistik jährlich verausgabt. Um sich einen Begriff von dieser ungeheuren Menge machen zu können, sei nur erwähnt, daß man mit diesen Zeitungen eine Fläche von nahezu 30 000 Quadratkilometern bedecken könnte. Das Papiergewicht beträgt 781 230 Tonnen. Sollte diese Auflage von einer einzigen Maschine gedruckt werden, so würde die Gesamtauflage, wenn pro Sekunde eine Zeitung gedruckt würde, nach 333 Jahren endlich erscheinen können. Aufeinandergeschichtet würde sie die respektable Höhe von rund 80 000 Metern erreichen. Angenommen, der einzelne Mensch widme dem Lesen seiner Zeitung nur 5 Minuten pro Tag, so würde die Zeit, die von der Gesamtbevölkerung der Erde zum Lesen ihrer Zeitung pro Jahr verbraucht wird, gleich sein 100 000 Jahren.

**Chinesische Tusche.** Ueber die chinesische Tusche macht die „Pariser-Zeitung“ nach einem Bericht des englischen Konsuls in Kuku Mittheilungen. Die Tusche wird lediglich in der Provinz Anhui gemacht. Von dort geht sie nach ganz China und der übrigen Welt. Im Jahre 1895 führte die Provinz etwa 4000 Pfund im Werthe von 112,800 Mark aus. Die Tusche wird aus Sesam- oder Ruzöl hergestellt; auch braucht man das giftige Del eines im Yangtsehalde und in Japan viel wachsenden Samens dazu. Dann setzt man Firnis und Schweinefett dazu. Der durch die Verbrennung dieser Substanzen entstehende Ruß wird um so feiner, je länger die Verbrennung dauert. Dem Ruße wird dann etwas Leim zugefügt, worauf der Teig auf hölzernen Ambossen mit stählernem Hammer geschlagen wird. Zwei sehr gute Hämmerer können achtzig Stück Tusche in einem Tage herstellen, von denen jedes Stück ein halbes Pfund wiegt. Etwas Moschus oder Barooskampfer verleiht schließlich der Tusche den bekannten Geruch. Dann wird die Masse in hölzerne Formen gebracht und bei schönem Wetter getrocknet. Das Trocknen nimmt 20 Tage in Anspruch. 30 bis 32 Stück Tusche gehen gewöhnlich auf das Pfund. Der Preis schwankt zwischen 2 und 140 Mk. das Pfund. Es giebt etwa 12 verschiedene Sorten. In China, Japan, Korea, Tonkin und Annam brauchen die Eingeborenen fast nur chinesische Tusche zum Schreiben. Sie verreiben sie auf einem Steine. Statt der Feder benutzen sie einen Pinsel von Kaninchenhaaren. Die besten Sorten chinesischer Tusche werden überhaupt nicht aus China ausgeführt, sie bleiben im Lande.

Wegen der Hungersnoth werden in Indien zur Zeit 3 303 968 Personen staatlich unterstützt. Im vorigen Monat belief sich ihre Zahl auf 4 240 327. Drei kürzlich von Indien nach London zurückgekehrte Missionäre erklärten am Montag einer Versammlung von 50 Parlamentsabgeordneten, daß die bisher für Hungersnothzwecke gependete Hilfe bei Weitem nicht ausreiche.